



INSIDER

AUSGABE 17 · 27. APRIL 2018

KOMMENTAR

»ZWEI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

HSH Nordbank fällt dem Kasino-Kapitalismus zum Opfer

Vor zehn Jahren galt die HSH Nordbank als profitabel und beinahe vorbildlich. Andere konservativ arbeitende Banken wurden belächelt. Man ging immer mehr ins Risiko und dann folgte der Absturz. Jetzt wird die HSH Nordbank privatisiert – den Zuschlag bekamen US-Investoren. Die Bank soll »schlanke« werden, die faulen Kredite werden aufgekauft, eine mittelgroße Bank für Norddeutschland soll entstehen. Auch wenn der CEO der HSH Nordbank versucht, dies als großartige Entwicklung zu verkaufen, bedeutet das für Schleswig-Holstein und Hamburg, die bisher mehrheitlich die Bank hielten, dass auf sie trotzdem eine große Haushaltsbelastung und Personalabbau zukommen. Schätzungsweise 5,4 Milliarden Euro werden bei der Abschlussrechnung auf Schleswig-Holstein zukommen und langfristig den Haushalt belasten. Die Länder verlieren zusätzlich finanzielle Spielräume für Infrastruktur, Bildung, Polizei. Daran ist nichts gut! Gier und Missmanagement rächen sich – eine Bank wird angeblich gerettet, gehört jetzt aber den Heuschrecken und die Steuerzahler müssen den Verlust trotzdem ausbaden. Deshalb ist auch der Weg des neuen Deutsche-Bank-Chefs Christian Sewing der richtige. Weg vom Abenteuer Investmentbanking und stärker zurück ins originäre Bankengeschäft. Auch wenn dann die Zocker-Renditen wegfallen.

Zurück zur Entspannungspolitik

Nach der Ankündigung eines härteren Kurses gegen Russland von Außenminister Heiko Maas fordern immer mehr SPD-Politiker von der Partei und der Bundesregierung mehr Dialog und Friedenspolitik.

SPD-Chefin Nahles will die Rolle der SPD als Friedenspartei stärken und fordert eine stärkere diplomatische Offensive. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier warnt vor gefährlicher Entfremdung und appelliert an die Bundesregierung, bei den diplomatischen Bemühungen um gutes Einvernehmen mit Russland nicht nachzulassen. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil plädieren für Entspannungspolitik und Zusammenarbeit. »Wir müssen im Dialog bleiben, um zu einem schrittweisen, wechselseitigen Abbau der Sanktionen zu kommen«, so Schwesig.

Diese Meinung vertritt auch die überwältigende Mehrheit der SPD: für 98 Prozent der SPD-Mitglieder und 94 Prozent der Bundesbürger sind gute Beziehungen zwischen Russland und Deutschland wichtig, so die Ergebnisse der repräsentativen Forsa-Umfrage zu den deutsch-russischen Beziehungen. Diese Ergebnisse sind ein deutliches Signal, dass die von Heiko Maas propagierte »härtere Gangart in der Russlandpolitik« von der Mehrheit der Bevölkerung nicht unterstützt wird. Auch die Ausweisung russischer Diplomaten und der Ausschluss Russlands aus dem G8-Format sind für die Stabilität in Europa und Fortschritt im Friedensprozess nicht förderlich. Offener Dialog schließt gegenseitige Kritik nicht aus. Aber man sollte sich auch hüten vor übereilten Verurteilungen, deren Echtheit nicht erwiesen ist, zu übernehmen. Die Amerikaner und Briten wollten uns schon mit gefälschten Beweisen in den Irakkrieg ziehen. Daraus auch mit massiver Unterstützung der Medien (zum Beispiel durch den jetzigen »Zeit«-Herausgeber Joffe und seiner Journalistenmafia »Achse des Guten«) und der heutigen Bundeskanzlerin. Die Anzeichen eines Kalten Krieges dominieren wieder die Beziehungen zu Russland, etwas was wir nie wieder haben wollten. Die Schuld hierfür allein den Russen zuzuweisen, ist falsch – auch wenn das beispielsweise die Hetze des »Bild«-Chefredakteurs Julian Reichelt fast jeden Tag suggeriert. Für einen sozialdemokratischen Außenminister muss daher weiter der Grundsatz der Entspannungspolitik Egon Bahrs gelten: Wandel durch Annäherung! Das bedeutet: Erst Annäherung, dann Wandel! Wenn sich der deutsche Außenminister von diesem Prinzip entfernen will, hätte er sich dafür die Zustimmung des SPD-Parteitag am vergangenen Wochenende holen sollen. Und wenn jetzt Schwesig und Weil wegen ihrer »unsolidarischen« Kritik an Maas kritisiert werden, ist das eine Verkehrung der Realität. Ein sozialdemokratischer Außenminister, der sich so weit von der Politik seiner Vorgänger Willy Brandt, Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel entfernt, tritt deren hervorragende Arbeit mit Füßen.

PUTIN ÜBER SANKTIONEN: MEHR INNOVATIONSGEIST IN DEN UNTERNEHMEN

Russlands Präsident Wladimir Putin äußerte sich in dieser Woche zu den Folgen der Sanktionen für die russischen Unternehmen. Unter der Last der wirtschaftlichen Einschnitte seien neben den finanziellen und industriellen Herausforderungen auch positive Impulse zu sehen: laut Putin werden die lokal ansässigen Unternehmen dazu angehalten innovativer, kompetitiver und kreativer zu arbeiten. Hochschulen und industrielle Innovationszentren würden nun enger zusammenarbeiten.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschlow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult
GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschlow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de

WENIGER STRAFTATEN: INVESTITIONEN IN DIE INNERE SICHERHEIT ZAHLEN SICH AUS



Foto: Dr. Stephan Herbarth, MdB, Matthias Busse

Von Dr. Stephan Herbarth, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zahlen gehen in die richtige Richtung. Dass wir die Innere Sicherheit zu einem Investitionsschwerpunkt im Bundeshaushalt gemacht haben, zahlt sich aus. Doch es ist noch zu früh, um von einem stabilen Trend sprechen zu können.

Die Zahlen sind für uns kein Ruhelächeln, sondern Ansporn.

Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche deutlich zurückgegangen ist. Bereits in den nächsten Monaten wollen CDU und CSU ein weiteres Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität schnüren. Wir werden das erfolgreiche Zuschuss- und Förderprogramm »Kriminalprävention durch Einbruchsicherung« aufstocken und mit unserem Koalitionspartner auch über weitere Ermittlungsinstrumente für die Polizei sprechen.

Erschreckend sind die Zahlen im Bereich der Kinderpornografie. Durch die gerichtlich ausgesetzte Vorratsdatenspeicherung haben wir hier Monat für Monat ganz erhebliche Ermittlungslücken. Wir brauchen dringend funktionierende und rechtlich umsetzbare Speicherfristen, damit wir Kinderschändern das Handwerk legen können.

HISTORISCHER TAG: NORD- UND SÜDKOREA WOLLEN KRIEGSZUSTAND BEENDEN

Beim Treffen zwischen Südkoreas Präsident Moon Jae In und Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un im Grenzort Panmunjom wurde das Ende des Kriegszustandes zwischen beiden Ländern beschlossen, es soll bis zum Ende des Jahres erreicht werden. Der Waffenstillstand zwischen beiden Staaten wurde 1953 unterzeichnet, allerdings gab es bisher keinen Friedensvertrag.

Beide Staaten würden zudem eine »vollständige nukleare Abrüstung« anstreben. In den vergangenen Jahren schien sich der Konflikt aufzuschaukeln – Nordkorea demonstrierte wiederholt seine militärische Macht durch Raketen- und Atomtests. Die aus Pjöngjang getesteten Raketen hatten mittlerweile die Reichweite bis zum Gebiet der USA erreicht.

TRUMP FÄLLT EIGENEM ANWALT IN DEN RÜCKEN BEI TV-INTERVIEW

US-Präsident Donald Trump äußerte sich beim Fernsehsender Fox unter anderem über den Skandal um die Stormy-Daniels-Affäre und widersprach dabei Aussagen seines Anwalts.

Trumps Anwalt Michael Cohen steht gegenwärtig wegen der Zahlung von Schweigegeld in Höhe von 130.000 Dollar vor Gericht. Die Summe hatte er aus eigener Tasche an die Pornodarstellerin Stephanie Gregory Clifford alias Stormy Daniels gezahlt, welche öffentlich behauptet, eine Nacht mit Donald Trump verbracht zu haben, nachdem seine Frau Melania den gemeinsamen Sohn Barron zur Welt gebracht

hatte. Es wird geprüft, ob es sich bei dieser Zahlung um illegale Wahlkampffinanzierung handelte.

Trump distanzierte sich von Cohen und betonte, dass dieser lediglich für einen Bruchteil seiner Angelegenheiten zuständig sei. Diese Aussage könnte nun im Prozess eine wichtige Rolle spielen: die New Yorker Staatsanwälte nutzen sie, um eine erweiterte Akteneinsicht zu erhalten – die Verteidigung hatte zuvor dafür plädiert, die Dokumenteneinsicht aufgrund sensibler Daten, die mit den politischen Aktivitäten des Präsidenten in Verbindung stünden, zu begrenzen und Cohen somit zu schützen.

BERLINER FDP-POLITIKER GIBT MANDAT ALS RELIGIONSPOLITISCHER SPRECHER AB

Marcel Luthe gibt seinen Posten als religionspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus ab.

Im Nachgang zum Angriff auf einen kipptragenden Israeli hatte sich das Berliner Landesparlament in einer Resolution einstimmig dafür entschieden, sich gegen Hass und Intoleranz zu positionieren.

Luthes kritisierte den Antrag, da es sich um eine »Gleichsetzung von Angriffen auf Juden mit irgendwelchen anderen Angriffen auf Menschen in Deutschland« handeln würde. Zudem sprach er von einer »Nivellierung der nationalsozialistischen Verbrechen«. Diese Aussagen verstimmten viele Abgeordnete.

WEITERE SCHULDENERLEICHTERUNGEN FÜR GRIECHENLAND?

Beim Treffen der Finanzminister in der bulgarischen Hauptstadt Sofia stellte Eurogruppenchef Mario Centeno Griechenland weitere Schuldenerleichterungen in Aussicht.

Klaus Regling, Chef des Euro-Rettungsschirms ESM, erklärte bei dem Treffen, dass noch eine weitere Rettungsstranche angepeilt werden würde. Die Entscheidung darüber wird zum Ende des laufenden Programms gefällt.

Im gegenwärtigen Hilfsprogramm werden Griechenland 86 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – im Gegensatz dazu erklärte sich Athen bereit, einen rigorosen Sparkurs

anzunehmen. Aktuell sieht es danach aus, als würde die Regierung nicht das gesamte Hilfsvolumen in Anspruch nehmen.

Der Haushalt des krisengebeutelten Staates verbessert sich in letzter Zeit – Griechenland erzielte nach vielen Jahren wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum sowie einen Haushaltsüberschuss.

Weitere Reformen seien jedoch unabdingbar für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Ob ein weiteres Rettungspaket trotz kritischer Stimmen umgesetzt werden kann, ist bisweilen nicht geklärt. Deutschland behält seine bisherige Griechenland-Linie.

OPEL: BETRIEBSRAT SEGNET KEINE AUFHEBUNGSVERTRÄGE MEHR AB

Beim Autobauer Opel geht der Streit um den geplanten Stellenabbau im Rahmen des Sanierungsprogramms des französischen Mutterkonzerns PSA in die nächste Runde: zum 1. Mai sollen 70 Personen aus dem Arbeitsverhältnis mit Opel ausscheiden, die Aufhebungsverträge seien bereits unterzeichnet, jedoch verbleiben die Personen weiterhin auf dem Lohnzettel von Opel. Der Betriebsrat hatte nämlich seine Zustimmung dafür entzogen.

Der Betriebsrat kündigte an, keinen Aufhebungsverträgen mehr zuzustimmen, da die Akzeptanz des Vorruhestandsprogramms so hoch sei, dass die notwendige Streichung von 3.700 Stellen allein dadurch erfüllt werden könne.

Hintergrund der Konfrontation ist die Befürchtung der Arbeitnehmervertreter, dass PSA Standorte in Deutschland schließen könnte und deshalb einen weiteren Stellenabbau forciert.

TROTZ DIESELSKANDAL: VW VERKAUFT SO VIELE FAHRZEUGE WIE NOCH NIE ZUVOR

Der Abgasskandal und drohende Fahrverbote scheinen die Kauflaune der Bürger nicht zu trüben: Volkswagen hat im ersten Quartal des Jahres 1,5 Millionen Fahrzeuge verkauft – ein neuer Rekord für den Zeitraum. Das Absatzplus im Vergleich zum Vorjahr beträgt 5,9 Prozent.

VW-Finanzchef Arno Antlitz zeigt sich optimistisch über die Perspektive von VW: »Wir haben die Kosten im Griff und machen

gute Fortschritte bei der Steigerung unserer Produktivität.«

Volkswagen hatte in dieser Woche die Geschäftszahlen präsentiert und zeigt sich zuversichtlich: Die Markenerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um 5,9 Prozent auf 20,1 Milliarden Euro. Mit dem laufenden Geschäft verdiente Volkswagen 879 Millionen Euro und damit 1,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

PERSONALIEN

WITTIG WECHSELT ALS BOTSCHAFTER NACH LONDON

Peter Wittig (63), seit vier Jahren Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, wird im Sommer an die Deutsche Botschaft in London wechseln. Neue Botschafterin in den USA wird Emily Haber. Michael Clauss, bislang deutscher Botschafter in China, soll Medienberichten zufolge Ständiger Vertreter Deutschlands bei der EU werden. Er würde auf Reinhard Silberberg folgen, der in Pension geht.

KELDENICH WIRD GESCHÄFTSFÜHRERIN DER JUNGEN GRUPPE DER CDU/CSU-BUNDESTAGS-FRAKTION

Eva Keldenich (31) wird zum 1. Mai neue Geschäftsführerin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Jungen Gruppe gehören alle Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, die zum Zeitpunkt der Wahl jünger als 35 Jahre waren. Vorsitzender ist seit Februar Mark Hauptmann.

ZIMMER IST POLITISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER CDU RHEINLAND-PFALZ

Jan Zimmer (41, CDU) ist politischer Geschäftsführer der CDU Rheinland-Pfalz. Die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner ernannte ihren Landesgeschäftsführer am 4. April. Patrick Schnieder hatte sein Amt als Generalsekretär aufgrund seiner neuen Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Februar zur Verfügung gestellt. Bis zum Landesparteitag im Herbst wird Zimmer in Vertretung des Generalsekretärs nicht nur nach innen, sondern auch nach außen für die CDU Rheinland-Pfalz wirken. Seit acht Jahren ist er im CDU-Landesverband als hauptamtlicher Geschäftsführer aktiv. Im September wird Julia Klöckner einen Vorschlag zur Nachfolge im Amt des Generalsekretärs unterbreiten.

BMAS POSITIV GESTIMMT ÜBER ARBEITSMARKTZAHLEN

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil äußerte sich zum Arbeitsmarkt: »Kurz vor dem Tag der Arbeit präsentiert sich der Arbeitsmarkt erneut in ausgezeichneter Verfassung. Im April sind 185.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 7.000 gesunken. Im internationalen Vergleich ist Deutschland hinter der Tschechischen Republik das Land mit der niedrigsten Erwerbslosenquote in der EU. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst weiter – im Vergleich zum Vorjahr sind über 770.000 Menschen mehr in Arbeit.«

WORTE DER WOCHE

»Mich treibt das wirklich um, wie man die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft eindämmt.«

Joe Kaeser, Siemens-Chef.

»Man kann eine Partei in der Regierung erneuern. Diesen Beweis will ich ab morgen antreten.«

Andrea Nahles, neue Parteichefin der SPD.

»Ein schwaches Europa wird weder von den Mächtigen noch von den Ohnmächtigen der Welt respektiert.«

Sigmar Gabriel, Außen- und Wirtschaftsminister a.D.

»Erneuerung ist zur Leerformel geworden.«

Christian Ude, Münchens Ex-Oberbürgermeister kritisiert nach der Wahl von Andrea Nahles zur neuen SPD-Vorsitzenden die Erneuerungsbemühungen seiner Partei.

»Die ‚sozialen Netzwerke‘ sind das gut getarnte Waffenlager eines Vortrupps aus der digitalen Zukunft, in der das ethische Gequengel der Spätdemokratie chancenlos ist.«

Gertrud Höhler, Unternehmensberaterin.

»Von der Schweiz würde ich mir wünschen, dass man die Europäische Union nicht als Feindesland ansieht.«

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident, vor seinem Staatsbesuch in die Schweiz.

»Statt sich bei den Unternehmenssteuern auf Unterbietungswettbewerbe mit Amerika und Asien einzulassen, sollte Europa die Steuersätze innerhalb der EU angleichen.«

Christian Kullmann, Vorstandsvorsitzender von Evonik Industries.

»Ich würde sagen, Deutschland rüstet auf.«

Frank Haun, Krauss-Maffei Wegmann. Der Rüstungskonzern rechnet mit Großaufträgen aus ganz Europa.

»Um die realwirtschaftliche Integration zu unterstützen, muss die Politik soziale Sicherheitsnetze schaffen, die die Verlierer stützen.«

Arvind Subramanian, Chef-Wirtschaftsberater der Regierung Indiens.

TERMINE

30.4. PLATTFORM NACHWUCHSARCHITEKTEN ZUR SCHULBAUOFFENSIVE BERLINS

Diskussionsveranstaltung der Plattform Nachwuchsarchitekten zum Thema »Sollen unsere Schulbauvorhaben in eine GmbH ausgelagert werden?«, unter anderem mit dem Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, dem Bezirksstadtrat Charlottenburg-Wilmersdorf Oliver Schruoffeneger und dem Vorstandsmitglied von Gemeingut in BürgerInnenhand Carl Waßmuth Ladenlokal, Nazarethkirchstraße 39, 13347 Berlin (Anmeldung erforderlich); Beginn: 19 Uhr.

3.5. SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT ZU CHINAS PROJEKT EINER NEUEN SEIDENSTRASSE

Konferenz der Südosteuropa-Gesellschaft und des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zum Thema »Constructing China's Belt and Road Initiative in Southeast Europe«, unter anderem mit dem stellvertretenden DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Treier, dem ehemaligen Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Eler und dem Leiter für internationalen Angelegenheiten bei der Deutschen Bahn Dr. Jens Gräfer Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (mit Anmeldung); Beginn: 9:00 Uhr.

3.5. LV SCHLESWIG-HOLSTEIN ZU MUNITION IM MEER

Diskussionsveranstaltung der Landesvertretung Schleswig-Holstein zum Thema »Munition im Meer«, unter anderem mit dem schleswig-holsteinischen Energie- und Umweltminister Jens Sternheim, Dr. Edgar Schmidtke von der Wehrtechnischen Dienststelle für Schiffe und Marinewaffen der Bundeswehr und Prof. Jens Greinert vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel Landesvertretung Schleswig-Holstein, In den Ministergärten 8, 10785 Berlin (Anmeldung erforderlich); Beginn: 18 Uhr.